

Stellungnahme (Reference HT.582)

zum Entwurf der Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021

Datum
02.03.2020

Seite
1 von 4

The BDI's Input in a Nutshell:

- Burden on companies will increase due to the European Green Deal and the need for more electrification. The list of sectors eligible for indirect cost compensation will thus need to be enlarged, certainly not diminished.
- For a sector that does not meet the 0.2 criterion a qualitative assessment must be possible where the sector can provide adequate evidence for its need for compensation. Existing functioning value chains and networks need to be supported in their struggle to remain competitive especially with challenges due to increase (Green Deal).
- Regional CO2 emission factors are welcomed as is the reflection of the significance of fossil fuel plants for the final price set on the wholesale market since fossil plants will continue to play a role as marginal plants in the future merit order.
- Electricity efficiency benchmarks need to be achievable and should only be updated if there is evidence for technical progress. The fall-back benchmark of 0.8 needs to be increased (e.g. to 0.97).
- Aid intensity should be increased to 100 % as long as a level playing field continues to prove elusive.
- Adequate protection against the risk of carbon leakage must be ensured. It is therefore welcomed that Member States may limit the amount of the indirect costs to be paid to [...] % of the gross value added (No. 30). This percentage value should be set at 0.5.
- It is not for politics to impose specific investment decisions on companies. The newly introduced conditionality (No. 54) is therefore rejected. Operators cannot realise each and every year investments in a particular eligible installation.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Für eine zukunftsfähige europäische Industrie muss deren Innovationspotenzial viel stärker als bisher entwickelt und genutzt werden. Es müssen **strategische europäische Wertschöpfungsketten** identifiziert und der **Ausbau von Schlüsseltechnologien** unterstützt werden. Die Industriestrategie 2030 der deutschen Bundesregierung (November 2019) geht auf diese

Telekontakte
T: +493020281555
F: +493020282555

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
J.Hein@bdi.eu

Punkte ein und enthält in diesem Zusammenhang auch die Aufforderung, das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht an sich ändernde Rahmenbedingungen anzupassen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der von der EU-Kommission (EU-KOM) im Dezember 2019 veröffentlichten Vorstellungen zu einem „European Green Deal“ (EGD) unterstützt der BDI diese Forderung ausdrücklich. Die energie- und stromintensiven Unternehmen werden von der Umsetzung der im EGD avisierten Vorhaben ganz besonders betroffen sein. Die Stromkostenkompensation ist für sie angesichts der steigenden CO₂-Preise erheblich und von zunehmender Bedeutung. Es ist deshalb unverständlich, dass die EU-KOM die Liste der Strompreiskompensationsberechtigten deutlich von 14 auf nur 8 Sektoren kürzen will.

Für die deutsche Industrie sind – auch (nicht nur Mitglied-) staatenübergreifende – **Wertschöpfungsketten** von entscheidender Bedeutung. Durch den Brexit wird jetzt sichtbar, welche engen Verflechtungen bei den verschiedenen Wertschöpfungsstufen bspw. zwischen UK und Kontinentaleuropa existieren. Es ist wichtig, dass die indirekten Kosten des Emissionshandels über diese Wertschöpfungsketten hinweg kompensiert werden. Der geplante reduzierte Kreis der SPK-Begünstigten bedroht existierende Wertschöpfungsketten und -netzwerke in ihrer Wettbewerbsfähigkeit. **Der Kreis der SPK-fähigen Sektoren sollte daher nicht reduziert werden.** Es sollte im Gegenteil untersucht werden, ob der Kreis nicht sogar auszuweiten ist, um in Zeiten zunehmender globaler Herausforderungen die Wertschöpfung in der EU effektiver zu unterstützen. Zudem sollten die Produktion von stromintensiven Vorerzeugnissen, die unmittelbarer Bestandteil der Wertschöpfung einer als kompensationsberechtigt eingestuften Aktivität ist und somit zum Carbon Leakage-Risiko dieser Aktivität beiträgt, in die Kompensation einbezogen werden.

Der BDI begrüßt, dass weiterhin **regionale CO₂-Emissionsfaktoren** angewendet werden sollen, und dabei (Ziffer 14, (10)) auf den preissetzenden Mix abgestellt wird. Der gegenwärtig für Deutschland angesetzte Faktor von 0,76 t CO₂/MWh dürfte beizubehalten sein, da auch im kommenden Jahrzehnt trotz des fortschreitenden Ausbaus erneuerbarer Energien und des Kohleausstiegs Kohlekraftwerke grundsätzlich preissetzend sein werden.

Laut Entwurf sollen die Leitlinien in weiten Teilen unverändert bis einschließlich 2030 anwendbar sein. Datengrundlage z. B. für die Sektorenliste sind dabei die Jahre 2013 bis 2015. Gerade bei den wichtigen Kriterien Handelsintensität und Stromintensität sind jedoch in den kommenden Jahren erhebliche Veränderungen zu erwarten (steigende Anforderungen an die Dekarbonisierung werden sowohl den Strombedarf als auch das Carbon Leakage-Risiko weiter erhöhen). Diese Entwicklungen dürfen vom Beihilferecht nicht völlig ignoriert werden. Aus Sicht des BDI sollten die Beihilfeleitlinien daher eine verpflichtende **Aktualisierung** der Sektorenliste für die Jahre 2026 bis 2030 festschreiben – parallel zur zweiten Benchmark-Periode im EU-Emissionshandel.

Auf jeden Fall ist eine **qualitative Prüfung ohne Einschränkungen** zuzulassen, mithilfe derer nicht berücksichtigte Sektoren die unterjährige Aufnahme in die SPK-Liste erreichen können; selbstverständlich nach Darlegung von Daten und weiteren Informationen gegenüber der EU-KOM, die geeignet sind, das Carbon Leakage-Risiko zu belegen. Denn es können

nicht alle Carbon Leakage-relevanten Aspekte durch quantitative Zahlen abgebildet werden. Hierzu zählen u. a. Aspekte wie eine offensichtliche Preisnehmerschaft. Darüber hinaus sollte eine **Prodcom**-Betrachtung zulässig sein, sofern die NACE-Ebene einen Sektor nicht ausreichend realistisch abbildet. Kompensiert werden sollte dann auch der gesamte Stromverbrauch der **unternehmensinternen Wertschöpfungskette** zur Herstellung eines kompensationsberechtigten Produktes.

Grundsätzlich verweisen die Erläuterungen zum Leitlinienentwurf auf die Möglichkeit, zusätzliche Sektoren im Rahmen einer qualitativen Betrachtung in die Liste der beihilfeberechtigten Sektoren aufzunehmen. Diese qualitative Betrachtung soll aber maßgeblich von der Bewertung des Carbon Leakage-Risikos durch die beauftragten Beratungsunternehmen abhängen, die diese auf die „Red-Amber-Green“-Methodik abstützen. Dieser v. a. aus dem Projekt-Management bekannte Ansatz ist nicht unumstritten und die vorgenommene Bewertung deshalb zu hinterfragen. Grundlage dieser Bewertung sind zudem sogenannte „Sector fiches“, auf die zwar vielfach verwiesen wird, die aber laut EU-Kommission erst nach Abschluss der laufenden Konsultation veröffentlicht werden sollen. Dieses Vorgehen ist intransparent und nicht geeignet, eine sinnvolle Beteiligung an der Konsultation zu ermöglichen.

Der BDI begrüßt die Einbeziehung von **Grünstrom** in die SPK. So werden entsprechende Projekte und Power Purchase Agreements (PPA) zukünftig attraktiver.

Stromverbrauchseffizienzbenchmarks sollten unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Sektoren erarbeitet werden. Diese Benchmarks müssen die technologische Realität abbilden und für die Anlagenbetreiber erreichbar sein, d.h. sie müssen sich auch an der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit orientieren. Sondersituationen (bspw. bei einzelnen Unternehmenskonstellationen) dürfen nicht für die Definition der Benchmarks herangezogen werden, die i. Ü. nur dann mit angemessenen Übergangsfristen anzupassen sind, wenn nachweislich technischer Fortschritt stattgefunden hat. Ohne diesen Nachweis wäre eine pauschale Absenkung der Benchmarks abzulehnen. Das bislang gültige **Fall-back-Benchmark** von 0,8 sollte angehoben werden (z. B. auf 0,97 wie beim Fall-back für Prozessemissionen bei der kostenlosen Zuteilung).

Der BDI begrüßt, dass die Beihilfe bereits in dem Jahr ausgezahlt werden kann, in dem die Kosten anfallen. Die **Glattstellung** im Folgejahr muss dann aber symmetrisch erfolgen, d. h. zu wenig erhaltene SPK ist von der zuständigen Behörde nachzuentrichten und u. U. zu viel erhaltene SPK ist vom Betreiber zurückzuzahlen.

Die **Beihilfeintensität** „einzufrieren“ und technologischen Fortschritt ggf. über die Stromverbrauchsbenchmarks abzubilden erscheint sinnvoll. Allerdings ist eine Kürzung der SPK abzulehnen. Vor dem EGD-Hintergrund zu erwartender steigender EUA-Preise ist es entscheidend, die finanzielle Zusatzbelastung durch indirekte ETS-Kosten adäquat zu kompensieren. Die Beihilfeintensität sollte daher auf 100 % erhöht werden; zumindest so lange, wie ein einigermaßen Level Playing Field Illusion bleibt. Dabei ist zu beachten, dass Energieeffizienzanreize bereits durch die Stromverbrauchseffizienzbenchmarks gesetzt werden und daher eine Beihilfehöchstintensität zu diesem Zweck nicht erforderlich ist.

Der BDI begrüßt die **neue Möglichkeit** für die Mitgliedstaaten, die „zulässige“ Zusatzbelastung durch indirekte ETS-Kosten in Bezug auf die Bruttowertschöpfung des Unternehmens zu begrenzen (Ziffer 30). Diese Möglichkeit sollte für alle in Anhang I aufgeführten Sektoren gelten und auf einen Anteil von 0,5 % festgelegt werden. Es erscheint sinnvoll, diese Option noch um eine „Günstiger-Prüfung“ für die betroffenen Unternehmen zu erweitern, sodass die Unterstützung gemäß der jeweils günstigeren Variante (Ziffern 26/27 oder Ziffer 30) gewährt werden kann.

Der BDI betont, dass eine effektive SPK der Realisierung von Energieeffizienzmaßnahmen in den Unternehmen nicht im Wege steht, im Gegenteil. Die im Leitlinienentwurf beschriebene **Konditionalität** (Ziffer 54) ist daher nicht nachvollziehbar. Der BDI lehnt es ab, den Erhalt der SPK an die Durchführung bestimmter (z. B. Effizienzsteigerungs-) Investitionen zu knüpfen. Es drohen die Dopplung von Regulierungen und damit Ineffizienzen. Zudem können in einer einzelnen SPK-berechtigten Anlage nicht jährlich Effizienzmaßnahmen durchgeführt werden.

Im Übrigen wird, v. a. im Hinblick auf Sektorspezifika, auf die Stellungnahmen der BDI-Mitgliedsverbände verwiesen.